

«Für eine weniger gewalttätige Welt»

Zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Die Schweiz gibt sich gerne als friedensstiftendes Land mit humanitärer Tradition und das gefällt uns. Nur können wir heute nicht mehr mit schönen Sprüchen dies glaubhaft so darstellen, denn es ist längstens bekannt, dass in der Schweiz ganz viel Geld mit Kriegsgeschäften verdient wird! Natürlich können wir als Pri-

vatanleger und -anlegerinnen bereits heute unser Geld bei Finanzakteuren investieren, die kategorisch die Investitionen in Rüstungsfirmen ausschliessen. Das ist sicherlich löblich und zu empfehlen! Das Problem ist leider noch viel grösser, denn unsere Schweizerische Nationalbank investiert ganz kräftig in Atomwaffenproduzenten. Wenn im ersten Halbjahr des letzten Jahres 1,5 Milliarden Dollar so durch die Nationalbank

investiert wurde, zeigt es mit aller Deutlichkeit, um welche Beträge es sich hier handelt. Ungefähr drei Milliarden pro Jahr sind nicht einfach vernachlässigbar. Weiter sind wir uns auch oft nicht bewusst, dass unsere Pensionskassen schätzungsweise jedes Jahr 4 Milliarden unserer Vorsorgegelder in kriegsmaterialproduzierenden Firmen anlegen. Das wäre gar nicht nötig, denn es hat sich gezeigt, dass die Pensions-

kassen, die ausdrücklich nicht in die Rüstungsindustrie investieren, marktgerechten Renditen erzielen und konkurrenzfähig sind. Wir wissen jetzt, dass im Jahr 2018 jede Einwohnerin und Einwohner unseres Landes mehr als 1000 Dollar in Unternehmen, die Atombomben herstellen, angelegt haben. Das will wirklich niemand! Eine Annahme der Kriegsgeschäfte-Initiative bietet uns die Möglichkeit, diese traurige

Bilanz zu verbessern! Entscheiden wir uns für eine Schweiz, die nicht mehr grossflächig in Geschäfte mit Atomwaffen und sonstigen Kriegsmaterialien investiert und etwas dazu beiträgt, dass unsere Welt hoffentlich weniger gewalttätig wird – vielleicht sogar etwas friedlicher! Nehmen wir die Initiative an, stimmen wir Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative!
Wilma Willi, Kantonsrätin Grüne, Stadel

«Ein Stück weit mehr Gerechtigkeit schaffen»

Zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz und ihre Tochterfirmen die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland respektieren. Immer mehr Menschen zeigen sich besorgt über menschenrechtsunwürdiges Gebaren von Konzernen, welche auf Kosten der Ärmsten der Welt Profite schieffeln. Der Nationalrat hatte einen Gegenvorschlag verabschiedet, den die Initianten akzeptiert hätten, leider hat der Ständerat diesem Vorschlag die Zähne gezogen. Mit der Konzernverantwortungsinitiative haben wir die grosse Chance, die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen und ein Stück weit mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Alle Schweizer Unternehmen sollen sich an den Geboten von Fairness und Anstand orientieren. Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Die EDU beschloss aus Überzeugung die Ja-Parole.
Hans Egli, EDU-Kantonsrat, Steinmaur

«Vorlage schießt weit übers Ziel hinaus»

Zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Unternehmen müssen Menschenrechte und Umweltschutzvorschriften weltweit ernst nehmen und einhalten – das ist wichtig und unbestritten. Praktisch hundert Prozent der Schweizer Unternehmen tun das heute schon. Macht ja auch Sinn: Wer sich nicht an die Regeln und Gesetze hält, dem drohen Reputationsverluste und natürlich auch rechtliche Konsequenzen. Gut so!

Trotzdem bin ich klar gegen die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI). Die Vorlage verlangt von der Schweiz einen Alleingang, welcher die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen schwächt. Schweizer Firmen müssten bei Annahme jeden noch so kleinen Zulieferer weltweit und lückenlos überwachen und bis ins Detail mit grossem Aufwand kontrollieren. Kann das nicht ohne jegliche Unschärfen bewiesen werden, sind die betroffenen Firmen aufgrund der extremen Bestim-

mungen willkürlichen Klagen ausgeliefert. Dass diese auch von missgünstigen Konkurrenten stammen könnten, ist nicht ausgeschlossen. In unsicheren Zeiten, wie wir sie aktuell durchmachen, sollten wir gerade unseren KMU keine zusätzlichen Belastungen aufbürden. Die UVI will jedoch genau das. Die extreme Vorlage schießt weit übers Ziel hinaus und ist deshalb unbedingt abzulehnen.
Christian Müller, Kantonsrat FDP, Steinmaur, Präsident Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen

«Was ist los im Spital?»

Ausgabe vom 31. Oktober
«Das Vertrauen ist tief erschüttert»

Offensichtlich hat der Funke, der mit der Entlassung von Dr. Zerkiebel gezündet wurde, nicht nur ein Feuer, sondern einen Flächenbrand ausgelöst. Dies lässt sich nicht alleine mit strategischen Differenzen erklären. Die dreiste Entlassung des Chefarztes hat in der Belegschaft auch Fragen der charakterlichen Integrität der involvierten Entscheidungsträger aufgeworfen und den Konflikt so auf eine emotionale Ebene verschoben, was die

verfahren Situation miterklären dürfte. Diese Differenzen lassen sich wohl auch künftig kaum mit einer simplen Kommunikationspropaganda vonseiten der Geschäftsleitung überbrücken. Weiter hätte man sich auch von einem Verwaltungsrat mehr Sensibilität und Fingerspitzengefühl bei solch kapitalen Personalentscheiden erhofft. Seine Aufsichtsfunktion hat er – sei es aus Unwissen, blindem Vertrauen oder Ignoranz – in dieser Frage leider nicht wahrgenommen.
Heinz Pfluger, Leitender Arzt Kardiologie, Spital Bülach

ANZEIGE



Praktisch: So staten Sie Ihr Konto mit CHF 400.– aus

Zusatzversicherungen wählen
und Geld auf Ihr Konto erhalten.

kpt: die krankenkasse
mit dem plus

[kpt.ch/jetzt](https://www.kpt.ch/jetzt)